



Stellungnahme zum Antrag Nr. AT/0003/2023

Vorlage: ST/0011/2023		Datum: 07.03.2023	
Dezernat 2			
Verfasser:	31-Ordnungsamt	Az.:	
Betreff:			
Stellungnahme zum Antrag der AfD-Stadtratsfraktion: Vielfalt (er)leben – Oberwerth zeigt Herz in der Asylkrise			
Gremienweg:			
16.03.2023	Stadtrat	<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mehrheitl.
		<input type="checkbox"/> abgelehnt	<input type="checkbox"/> Kenntnis
		<input type="checkbox"/> verwiesen	<input type="checkbox"/> vertagt
		<input type="checkbox"/> Enthaltungen	<input type="checkbox"/> Gegenstimmen
	TOP		öffentlich
			ohne BE abgesetzt geändert

Stellungnahme:

Zu Punkt 1) und 2):

Es gibt keine geeigneten Flächen oder Liegenschaften auf dem Oberwerth, die sich für eine Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbewerber oder eine Gemeinschaftsunterkunft für Flüchtlinge eignen würden.

Die letzten ehemals öffentlichen Gebäude (Bunker Goethestraße, ehem. Lehrerinnenseminar Rheinau) sind von Stadt und Land an Private veräußert worden und beide gerade für Wohnraum im Umbau. Zudem bestehen auf dem Oberwerth keine Baulücken mehr und keine Liegenschaften in städtischer Verfügbarkeit, die auch baurechtlich für die Projektierung einer Erstaufnahmeeinrichtung oder einer Gemeinschaftsunterkunft geeignet wären.

Der ebenfalls zum Stadtteil Oberwerth gehörende Sportpark wird gerade in einem „Masterplan Sportpark Oberwerth“ überplant. Aufgrund der sportlichen Bedarfe in diesem Bereich stehen hier ebenfalls keine Reserven zur Verfügung.

Zu Punkt 3)

Eine spezielle Aufforderung der Bevölkerung des Stadtteiles Oberwerth, private Wohnungen und andere Räumlichkeiten zur Unterbringung bzw. Vermittlung an Geflüchtete weiterzugeben, muss aufgrund des hier geltenden Grundsatzes der Gleichbehandlung nicht erfolgen.

Dieses Anliegen sollte nur gegenüber der gesamtstädtischen Bevölkerung formuliert werden.

Zu Punkt 4)

Das Integrationskonzept der Stadt Koblenz wurde für die gesamtstädtische Bevölkerung entwickelt und wird entsprechend der Bedürfnisse und Anforderungen ggf. individuell in den jeweiligen Stadtteilen umgesetzt.

Finanzielle Auswirkungen:

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung empfiehlt, den Antrag der AfD-Ratsfraktion abzulehnen.